

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST



ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

Dezember 1947

Nr. 27

Preis S 2.-

ZUR INTERNATIONALEN LAGE

Wenn auch die Londoner Konferenz noch nicht beendet ist, so steht doch schon fest, dass sie ihr offizielles Ziel, den Abschluß des deutschen Friedensvertrages und des österreichischen Staatsvertrages, nicht erreichen wird. Der Gegensatz zwischen Imperialisten und Sowjetbürokratie ist größer als jemals zuvor; er hat keine Lösung gefunden, sondern bewirkt, daß die Welt endgültig in zwei Blocks zerfallen ist, die einander feindlich gegenüberstehen und die sich bereits mit allen Mitteln außer dem des Krieges selbst bekämpfen. Das endgültige Sichtbarwerden des Auseinanderfallens der Welt in zwei Blocks - das ist das einzige, aber auch wichtigste Ergebnis der Konferenz in London.

Marshallplan und Reparationen

Die wichtigste Frage, die auf der Konferenz zur Debatte steht, ist die des deutschen Friedensvertrages. Hier stehen die Auffassungen der SU denen der USA diametral gegenüber. Warum?

INHALT DIESER NUMMER:

Zur internationalen Lage

Nach der Kapitulation der Stalinpartei

Über den Generalstreik

Die internationale "Sozialisten"konferenz

Streiflichter

In den Berechnungen des sogenannten Marshallplanes spielt die westdeutsche Schwerindustrie eine entscheidende Rolle. Sie soll unter der Kontrolle des USA-Imperialismus wieder aufgebaut werden und die industrielle Basis für die wirtschaftliche Regeneration jener europäischen Staaten abgeben, die sich diesem Plan angeschlossen und damit außenpolitisch den USA unterworfen haben. Diesen sechzehn Staaten soll mit Hilfe von Dollarkredi-

ten und Sachlieferungen wieder auf die Beine geholfen werden. Allerdings unternimmt der USA-Imperialismus diese Aktion nicht aus Mitleid mit den vom Ruin bedrohten europäischen Kapitalisten - im Gegenteil! Er nutzt deren Schwierigkeiten aus und "hilft" ihnen nur, indem er sich gleichzeitig die entscheidenden Positionen in der Wirtschaft ihrer Länder sichert. Bekanntlich mußten diese auf einer eigenen Konferenz einen "Plan" ausarbeiten, in dem sie neben der Höhe ihrer Hilfsforderungen und der Art und Weise, wie sie die amerikanischen Kredite zu verwenden gedenken, auch alle den USA-Imperialismus interessierenden wirtschaftlichen Daten diesem bekanntgeben; die Entscheidung über die Gewährung und die Kontrolle über die Verwendung von Krediten liegt einzig und allein bei diesem, dem also damit die Wirtschaft und die Politik dieser Länder vollständig untergeordnet wird. Die Absichten, von denen sich der USA-Imperialismus hierbei leiten läßt, liegen auf der Hand: Erstens sollen mit Hilfe des Dollars so viele europäische Länder als möglich außenpolitisch vor den Karren des amerikanischen Imperialismus gespannt werden, der auf solche Art dem strategischen "Glacis" der SU gegenüber sein eigenes "Glacis" aufrichtet; der Marshallplan ist ein Instrument zur politischen und ökonomischen Kriegsvorbereitung gegen die SU. Zweitens soll die Wirtschaft der auf Grund dieses Planes "geretteten" Länder den Bedürfnissen des amerikanischen Kapitalismus "angepaßt", d.h. praktisch als Konkurrenz für diesen erledigt werden. (Das wissen die europäischen Kapitalisten ganz genau, allein - sie haben keine andere Wahl). Drittens soll, indem durch die zu gewährenden Anleihen und Kredite eine zusätzliche Warenausfuhr aus den USA in der Höhe von fünf bis sechs Milliarden Dollar jährlich gesichert werden soll, der Ausbruch der Wirtschaftskrise in den USA abgewendet oder, falls sich das als unmöglich erweisen sollte, die Krise wenigstens abgeschwächt werden. Und viertens soll schließlich (und das ist der einzige Punkt von "Uneigennützigkeit" von Seiten des USA-Imperialismus) durch die Hilfeleistungen an die europäischen Länder deren vollständiger wirtschaftlicher Zusammenbruch verhindert und diese damit vor der "Gefahr des Kommunismus" gerettet werden.

In den Berechnungen des Marshallplanes spielt nun die deutsche Industrie und in erster Linie die Schwerindustrie des Ruhrgebietes eine entscheidende Rolle. Die gegenwärtige schwere ökonomische Krise Europas ist vor allem eine solche der Unterproduktion, deren eigentliche Wurzel in der weitgehenden Ausschaltung der deutschen Industrie liegt. Diese, schon durch die Bombardierungen schwer angeschlagen, wurde durch die von den "Alliierten" vorgenommenen Demontagen eines Großteils ihrer maschinellen Ausrüstung beraubt. Die Sowjetbürokratie hat außerdem in der ihrer Verwaltung unterstehenden Zone nicht nur die Fabrikanlagen, sondern auch einen Teil der dazugehörigen Arbeiter requiriert und zwangsweise nach der SU gebracht. Das industrielle Produktionsniveau Deutschlands beträgt jetzt nur ungefähr 50% des Vorkriegsniveaus und ein bedeutender Teil ist außerdem noch auf das Konto von Reparationsleistungen zu setzen. Hinzu kommt, daß bestimmte Industrien, wie z.B. die chemische, überhaupt verboten sind. Doch ohne die Wiederaufrichtung der deutschen Industrie wird jeder Versuch, eine wenn auch beschränkte wirtschaftliche Gesundung Europas in die Wege zu leiten, scheitern. Die teilweise Wiederherstellung der deutschen Industrie unter der Patronanz des USA-Imperialismus ist deshalb ein Kernstück des Marshallplanes. Doch in diesem Punkt sind die USA auf Widerstand gestoßen, auf Widerstand sowohl im imperialistischen Lager, auf Widerstand vor allem von Seiten der SU.

Die Opposition unter den Imperialisten zu beiseitigen war für die USA-Imperialisten verhältnismäßig leicht. England fürchtet, mit dem neuerlichen Wiederaufstieg der deutschen Industrie einen Konkurrenten wieder aufstehen zu sehen, den es schon erledigt glaubte.

Doch es ist selbst von den Dollarkrediten abhängig und muß darum den Marshallplan auch dort nachgeben, wo dieser auf englische Kosten geht.- Ein ähnlicher Widerstand, wenn auch aus anderen Beweggründen, kam von Seiten Frankreichs. Der zweite Weltkrieg hat endgültig die absolute militärische Überlegenheit des deutschen Imperialismus über den französischen bewiesen. Der letztere weist darauf hin, daß mit der Wiederherstellung der deutschen Industrie auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Wiederherstellung der militärischen Macht des deutschen Imperialismus geschaffen werden - der französische Imperialismus fühlt sich neuerlich bedroht. Allein er ist noch mehr als der englische auf die Dollarhilfe angewiesen - und unterwirft sich.

Nicht unterwerfen kann sich hingegen die Sowjetbürokratie. In den die deutsche Industrie betreffenden Fragen kann sie nicht nachgeben, wenn sie sich nicht selbst entscheidend schwächen will. Auf Grund des Potsdamer Raubabkommens fordert sie Reparationen in der Form von Warenlieferungen aus der laufenden industriellen Produktion Deutschlands in der Höhe von zehn Milliarden Dollar. Durch die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates mit einer Zentralregierung, in der die deutsche Stalinpartei den entscheidenden Einfluß haben soll, will sich die Sowjetbürokratie die Kontrolle auch über die westdeutsche Schwerindustrie verschaffen, um auch diese so viel als möglich ausplündern zu können. Wir sehen, daß die Interessen der Sowjetbürokratie mit dem Marshallplan absolut unvereinbar sind und dessen Durchsetzung unmöglich machen würden. Die Sicherung der deutschen Reparationsleistungen bildet für die Sowjetbürokratie die Achse ihrer gesamten europäischen Politik seit Kriegsende. Warum?

Innerhalb des Lagers der "alliierten" Sieger des zweiten Weltkrieges ist die SU die Geschlagene. Der sowjetische Produktionsapparat weist schwere Zerstörungen auf; die industrielle Kapazität hat sich um rund 50% vermindert. Gleichzeitig ist die Produktionskapazität des stärksten Gegners der SU gerade während des Krieges noch bedeutend angewachsen und jetzt so groß wie niemals zuvor. Während der ersten Fünfjahrpläne sprach die Bürokratie mehrmals als ihr Ziel aus, "die USA einzuholen und zu überholen". Heute kann keine Rede mehr davon sein; der Abstand ist zu groß geworden. Aus eigener Kraft und in dem notwendigen Tempo kann die SU ihren Produktionsapparat nicht regenerieren; sie bedarf dazu der Hilfe vorgeschrittenerer Länder. Geführt von der bonapartistischen Kremldique und unter den konkreten Bedingungen Nachkriegseuropas erzwingt sie diese Hilfe in der Form von Reparationsleistungen. Es ist ohne weiteres zu ersehen, daß hierbei Deutschland an erster Stelle steht und die deutschen Reparationsleistungen die weitaus wichtigsten sind.

Die gesamte Politik der Sowjetbürokratie in Bezug auf Deutschland läuft darum auf eines heraus: Sicherung und womöglich Vergrößerung der deutschen Reparationsleistungen. Die sowjetischen Vorschläge über die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates und die Bildung einer deutschen Zentralregierung verfolgen nur den Zweck, durch den Einfluß, den die deutsche Stalinpartei in der Regierung haben soll (und den die Sowjetbürokratie noch vor Abzug der Besatzungstruppen mit polizeilich-administrativen Mitteln erzwingen will), sich die Verfügung oder zumindest die weitgehende Kontrolle über die westdeutsche Industrie zu erobern. Das ist der Punkt, über den sich die Sowjetbürokratie mit den von den USA geführten Imperialisten gegenwärtig in London nicht einigen kann - und auch niemals "friedlich" einigen wird. Der Marshallplan gefährdet die sowjetischen Reparationsansprüche und darüber hinaus die gesamte europäische Stellung der SU. Die sowjetischen "Einheitsforderungen" in Bezug auf Deutschland gefährden den Marshallplan. Die Gegensätze sind unüberbrückbar. Welche Perspektiven ergeben sich hieraus?

Die Wendung der Sowjetbürokratie

Nach dem vor dreiviertel Jahren erfolgten Scheitern der Moskauer Konferenz, auf der dieselben Fragen zur Debatte standen wie jetzt in London, faßte der USA-Imperialismus den Entschluß, eine Offensive auf breiter Front gegen die SU einzuleiten. Der im Sommer verkündete Marshallplan stellt diese Offensive dar; er ist gegenwärtig das wichtigste Instrument in der Hand des USA-Imperialismus zur politischen, wirtschaftlichen und letzten Endes auch militärischen Vorbereitung des Krieges gegen die SU. Die Antwort der Sowjetbürokratie war die Bildung der Kominform; mit ihr hat die sowjetische Außenpolitik eine Wendung vollzogen.

Sowohl während des zweiten imperialistischen Krieges als auch in der ersten Periode nach ihm war die Außenpolitik der Bürokratie auf das Bündnis mit dem anglo-amerikanischen Imperialismus ausgerichtet. Diesem Bündnis, dem Bündnis der "freiheitliebenden", der "antifaschistischen Völker" zuliebe hat die Stalinbürokratie 1943 die Überreste der Komintern beiseitigt, indem sie diese auch formell auflöste, nachdem sie als proletarisch-revolutionäre Internationale schon längst liquidiert war. Stalin verkündete nach Kriegsende die These von der Möglichkeit des "friedlichen Nebeneinanderlebens" der SU neben den kapitalistischen Staaten für eine ganze historische Epoche. In den mit der SU verbündeten kapitalistischen Ländern gingen die Stalinparteien überall auf die Linie der offenen Koalition mit der Bourgeoisie über oder strebten eine solche an. Das Ziel der Stalinparteien war, durch die Teilnahme an den kapitalistischen Regierungen die Kontrolle über die Außenpolitik zu bekommen.

In dieser Periode waren die Stalinparteien überall darauf aus, den Massenkampf zu dämpfen, indem sie der Arbeiterklasse die "Notwendigkeit" auch der größten Opfer im Interesse des "Wiederaufbaus" einzureden versuchten. Wo sich die Arbeiter gegen die Bourgeoisie, die die Kosten des Krieges und des kapitalistischen Wiederaufbaus auf die Massen abzuwälzen versuchte, zur Wehr setzten, wo die Arbeiter zu Streiks übergingen, um ihren sowieso schon enorm gesunkenen Lebensstandard gegen die Raubangriffe der Bourgeoisie zu verteidigen - flugs war die Stalinpartei da, um die Streiks abzuwürgen. Sie unterschied sich in dieser Periode in Bezug auf die Vertretung der Arbeiterinteressen oder besser gesagt des Verrates an ihnen nicht im geringsten von der SP. Besonders deutlich war das in Frankreich zu sehen: solange die Stalinpartei in der Regierung saß, waren die von ihr geführten Gewerkschaften "im Interesse des nationalen Wiederaufbaus" gegen Streiks.

Nach dem Scheitern der Moskauer Konferenz war der Sowjetbürokratie endgültig klar geworden, daß die These vom "friedlichen Nebeneinander" eine Illusion gewesen war. In Moskau war der französische Imperialismus offen auf die Seite der USA übergegangen; die Kremlclique mußte eine schwere außenpolitische Niederlage einstecken. Der Versuch des USA-Imperialismus, sich die europäischen Staaten mit Hilfe des Marshallplans unterzuordnen und womöglich auch das strategische "Glacis" der SU zu sprengen, mußte auch die hornierte Kremlclique überzeugen, daß die Periode der "Zusammenarbeit" mit dem anglo-amerikanischen Imperialismus der Vergangenheit angehörte und daß es keinerlei Verständigungsmöglichkeiten mit diesem mehr gab. Der mit der Bildung der Kominform verbundene Übergang der Stalinparteien auf eine "neue" Linie ist das Eingeständnis des Bankrotts der bisherigen außenpolitischen Konzeption der Bürokratie.

Worin besteht das "Neue" an dieser Linie? Darin, daß die Stalinparteien jetzt wieder versuchen, die Massen zu mobilisieren und nun zu diesem Zweck gewisse Teilforderungen der Massen vertreten. Teilforderungen, denn die "neue" Linie bedeutet keineswegs den Übergang auf die Linie des proletarisch-revolutionären Kampfes, sondern

bloß ein verstärktes Unterdrücksetzen der Bourgeoisie. Die revolutionäre Mobilisierung der Massen verlangt gebieterisch die Verbindung des Kampfes für die Tagesforderungen mit dem Kampf für die revolutionären Endziele, d.h. mit dem Kampf für die Aufrichtung der proletarischen Klassenmacht. Daß die Stalinpartei daran nicht einmal im Traume denkt, haben die französischen Streikkämpfe der vergangenen Wochen gezeigt. Die kapitalistische Presse war sich darüber einig, daß die Stalinpartei nicht den Kampf um die Macht führt und die Stalinpartei hat dies selbst offen ausgesprochen. Nicht gegen die Grundlagen der kapitalistischen Klassenmacht ist die Stalinpartei zu Feld gezogen, sondern "gegen die Versklavungspläne des Dollarimperialismus - für die nationale Unabhängigkeit", d.h. in Wirklichkeit nur für die Änderung des außenpolitischen Kurses der französischen Bourgeoisie. Die "neue" Linie ist kein Abgehen von der "Volksfront"- d.h. also der Koalitionspolitik, sondern will die Bourgeoisie zur Wiederaufnahme dieser Politik durch den Druck der Massen zwingen. Und Thorez hat das auch offen ausgesprochen, als er zur Bildung von Komitees aufrief, die "alle Demokraten und Patrioten" umfassen sollen - also auch die Bourgeoisie.

Ein wichtiger Zug in der Wendung der Stalinparteien ist deren geänderte Einstellung der SP gegenüber. Solange die Stalinparteien in offener Koalition mit "allen demokratischen Kräften", mit den "Katholiken", den "Gewerbetreibenden", den "Kaufleuten", d.h. also mit der Bourgeoisie war, solange war die SP die "Bruderpartei" und die Stalinpartei nahm Kurs auf die Vereinigung mit ihr. Jetzt habe die Stalinpartei "entdeckt", daß in den Ländern, die in den Marshallplan miteingeschlossen sind, die sozialdemokratischen Parteien "Agenten des Dollarimperialismus" sind, daß es mit ihnen keine Zusammenarbeit geben kann, daß man sie schonungslos bekämpfen müsse. In Frankreich z.B. wird die SP von den Stalinisten in einen Topf mit den Gaullisten geworfen, die so daran sind, eine Neuauflage der verhängnisvollen Politik des "Sozialfaschismus" zu veranstalten.

Die geänderte Haltung der Stalinparteien der SP gegenüber ist die beste Widerspiegelung des derzeitigen Verhältnisses zwischen Sowjetbürokratie und Imperialismus. Solange diese beiden die Politik des "friedlichen Nebeneinander" betrieben, solange konnten sich auch ihre Lakaen vertragen. Der Streit der Herren findet nun seine Fortsetzung im Streit der Diener!

Die bürokratische Spekulation auf den Ausbruch der Wirtschaftskrise

Die vorläufige Linie des USA-Imperialismus ist durch den Marshallplan gegeben. Er wird diesen nun noch mehr forcieren, um die ihm angeschlossenen Länder so schnell wie möglich in einem festen Antisowjetblock zu vereinigen.

Der englische Imperialismus versucht, sich gegenüber den USA eine gewisse Selbständigkeit zu bewahren; er hat deshalb auch in den letzten Wochen Handelsbesprechungen mit der SU geführt, durch die der englisch-sowjetische Handel sogar etwas intensiviert wird. Allein seine schwierige ökonomische Lage, die gegenwärtig besonders sichtbar in einer schweren Zahlungsbilanzkrise zum Ausdruck kommt, zwingt ihn, in allen entscheidenden Fragen auf eine selbständige Position zu verzichten und sich den USA unterzuordnen. Alle Versuche Englands, sich aus dem drohenden Konflikt zwischen den USA und der SU herauszuhalten, werden darum nur episodären Charakter haben.

Die Politik der Sowjetbürokratie wird gegenwärtig vollständig durch ihre Erwartungen auf den Ausbruch der amerikanischen Wirtschaftskrise bestimmt. Die Lösung der strittigen Fragen solange als möglich hinausschieben; Zeit gewinnen, das ist das Motto, das über allen Handlungen der Bürokratie steht; Zeit gewinnen bis zum Ausbruch der neuen Wirtschaftskrise in den USA, von der sie hofft,

daß durch sie die Handlungsfreiheit des anglo-amerikanischen Imperialismus weitgehend eingeschränkt wird. Durch die Kominformpolitik will die Bürokratie den Imperialisten bis zum Ausbruch der Krise die Hände binden. Gleichzeitig arbeitet sie fieberhaft an der Festigung ihres "Glacis". Dem dienen die diversen Militärbündnisse, wie z.B. das zwischen Jugoslawien und Bulgarien, dem sie solche der anderen Satellitenstaaten und deren schließliche Vereinigung in einer der SU untergeordneten Union folgen lassen will. Für Deutschland selbst scheint sie sich den bei Stalingrad verkrachten ehemaligen Feldmarschall Paulus aufzuheben, dem sie möglicherweise die Rolle eines neuen deutschen "Einigers" von Gnaden der Kremldique zuge-dacht hat.

So richtig die Spekulationen der Bürokratie auf den Ausbruch und die Wirkungen der amerikanischen Krise sein mögen, so übersieht sie eines vollständig: die Auswirkungen ihrer eigenen Politik auf die Massen. Daß die Krise die Massen in Bewegung bringen und die Handlungsfreiheit der Imperialisten stark einschränken wird, das ist nur die eine Seite. Die andere ist, daß nur durch eine revolutionäre, gegen die gesamte Bourgeoisie gerichtete Politik die durch die Krise geschaffene günstige Lage ausgenützt werden kann. Die Stalinpolitik ist aber nicht revolutionär, sondern geht auf das Bündnis mit einem Teil der Bourgeoisie aus; ihre Ergebnisse werden schwere proletarische Niederlagen, wird das Hinüberwecheln der kleinbürgerlichen Massen zum Faschismus sein. Heute hat weder die französische, noch die englische oder amerikanische Arbeiterklasse schon eine entscheidende Niederlage erlitten. Nur die Tatsache, daß heute die Massen noch ungeschlagen sind, hält die Imperialisten davon ab, jetzt schon die blutige Auseinandersetzung mit der SU zu beginnen. Indem die Stalinbürokratie die Lösung der Differenzen mit den Imperialisten auf die lange Bank schiebt und gleichzeitig ihre verräterische Politik fortsetzt, erreicht sie nur, daß sie sich mit den Imperialisten unter Bedingungen wird schlagen müssen, die für sie politisch viel schlechter sein werden als die heutigen - wenn nicht die IV. Internationale den Imperialisten einen Strich durch die Rechnung macht und die Wirkungen des bürokratischen Verrats aufhebt.

Was bedeutet das Scheitern der Konferenz für Österreich?

Nach dem ergebnislosen Abbruch der Moskauer Konferenz schrieben wir:

"In der Tatsache, daß über die zur Beratung stehenden Fragen keine Einigung erzielt werden konnte, kommen die tiefen und auf die Dauer unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Imperialisten und SU zum Ausdruck; knapp zwei Jahre nach der Beendigung des Krieges ist die Welt bereits wieder in zwei feindliche Blocks zerfallen. Die kapitalistischen Freundschaftsbeteuerungen zur SU entlarven sich nun endgültig als Schwindel, der den Zweck hat, die Massen über die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten zu täuschen, die verlogenen Tiraden der Sowjetdiplomatie erweisen sich ebenso als eine seltsame Mischung bürokratisch-kurzsichtiger Illusionen und zynischen Betrugs an den Massen. Vergessen, als überflüssiger Plunder beiseitegelegt sind die Phrasen über die "Befreier"rolle der "Alliierten"; weder die Imperialisten noch die von der Kremldique geführte SU räumen die von ihnen besetzten Länder, Deutschland bleibt weiter zerstückelt, Österreich weiter von den Truppen der "Befreier" besetzt. Imperialisten und Sowjetbürokratie erweisen sich gleichermaßen unfähig, den "befreiten" Völkern die Freiheit, allen Völkern einen wirklichen Frieden zu geben...."

Die inzwischen stattgehabte Entwicklung hat die Richtigkeit unserer Ansichten bestätigt. Diese Entwicklung zeigt drastisch, daß die Gegensätze zwischen den Imperialisten und der Sowjetbürokratie in erster Linie auf dem Rücken und auf Kosten der Massen der besiegten und besetzten Länder, auf dem Rücken und auf Kosten vor allem auch der österreichischen Arbeiterklasse ausgetragen werden.

Österreich bleibt weiter besetzt. Die österreichische Bourgeoisie hat sich mit dieser Tatsache bereits abgefunden. Sie weiß, daß mit der weiteren Zuspitzung des Gegensatzes zwischen den USA und der SU die Gefahr der Zerreißung Österreichs droht; obwohl sie außenpolitisch mit dem anglo-amerikanischen Imperialismus geht, hat sie deshalb schon durch den Mund Grubers die Erklärung abgegeben, daß sie keine Sonderverträge abschließen werde. Vor allem aber: Trotzdem sie durch die Aufrechterhaltung der Besetzung selbst schwer getroffen wird, hat sie die Möglichkeit, mit Hilfe der SP den Großteil der Lasten auf die Massen abzuwälzen.

Die SP verhält sich der Verlängerung der Besetzung gegenüber vollständig passiv; über diese ihre Haltung dürfen wir uns durch ihre Deklamationen im Parlament und in der "AZ" nicht täuschen lassen. Der "Kampf" der SP gegen die Besetzung beschränkt sich auf Worte (die sich zum Großteil wieder nur gegen das Sowjetelement richten), doch an die Stelle von Worten auch Taten zu setzen, d.h. an die Kraft der Massen zu appellieren, daran denkt die SP nicht im Traume. Die, mit Verlaub zu sagen, "Außenpolitik" der SP bewegt sich ganz im bürgerlichen Fahrwasser; in ihr ist kein Hauch von Sozialismus, keine Spur von proletarischem Internationalismus zu finden. Für die SP gibt es nur die beiden "Weltmächte", USA und SU, zwischen deren Konflikten man sich klug durchschlängeln muß; es gibt vielleicht noch (vor allem in ihren Wunschträumen) die "dritte Kraft" des "demokratischen Sozialismus", der in Wahrheit mit dem englischen und französischen Imperialismus identisch ist, der aber infolge der jüngsten Entwicklung in Frankreich (an der die französische SP aktiv mitbeteiligt ist), an galoppierender Schwindsucht erkrankt ist, aber sonst gibt es für die SP keinerlei "Kraft", die in ihren außenpolitischen Berechnungen aufscheint. Die außenpolitischen Faktoren, mit denen sie rechnet, das sind die diversen Regierungen; das internationale Proletariat existiert für sie einfach nicht. Doch der Kampf gegen den Imperialismus wie gegen die bonapartistische Sowjetbürokratie, die beide das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Völker mißachten, kann nur international geführt werden und ihn zu führen ist die Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse.

Nur der Kampf der Arbeiterklasse kann die wahre Befreiung bringen

Die Londoner Konferenz hat die Richtigkeit unserer Behauptung, die wir nach dem Scheitern der Moskauer Konferenz aufgestellt haben, bewiesen. Wir schrieben damals, daß "jede Hoffnung, daß die sogenannten 'Befreier' Österreichs diesem vielleicht doch noch die 'endgültige Freiheit' geben, d.h. von der Unterdrückung und Ausplünderung des Landes ablassen werden, eine törichte Illusion sei". Wir haben es als die Aufgabe der Internationalen Kommunisten erklärt, die Arbeiter davon zu überzeugen,

"daß der von der Bourgeoisie und der SP herbeigeflechte 'Staatsvertrag' nur die Form dieser Ausplünderung ändert. Nicht bitten, nicht flehen, nicht 'bravsein', nicht irgendein hinter dem Rücken des Volkes als Ergebnis geheimer Verhandlungen abgeschlossener 'Staatsvertrag' wird die Lage der Arbeiterklasse verbessern; helfen kann nur die Aufnahme des entschlossenen Massenkampfes gegen die wirklichen Ursachen des Elends!

Gegen wen soll dieser Kampf geführt werden? Wie soll dieser Kampf geführt werden?

Die österreichischen Kapitalisten sind die Hauptschuldigen an dem Elend der Massen. Die Besetzung des Landes ist die Folge des auch von ihnen herbeigeführten Krieges. Sie wollen die Kosten des verlorenen Krieges auf die Massen abwälzen. Der Hunger ist vor allem ihr Werk. Darum: Kampf in erster Linie gegen die eigene Bourgeoisie! Kampf für die unmittelbaren Interessen der Massen, Kampf für die Durchsetzung dieser Interessen auf Kosten der Bourgeoisie, das ist das wichtigste und in Wahrheit einzige Mittel, um den Massen zu helfen!

Die Besetzung des Landes verschärft die Massennot. Die Arbeiterklasse muß für die Aufhebung der Besetzung kämpfen. Sie darf die Führung in diesem Kampf nicht der Bourgeoisie anvertrauen. Wenn die Bourgeoisie selbst unter der Last der Besetzung ächzt, wenn sie schon gar zu gerne wieder alleiniger 'Herr im Hause' sein möchte, wenn ihr der aus der Arbeit und dem Hunger der Massen entspringende Profit an allen möglichen Ecken und Enden und auf alle mögliche Weise von den 'Befreier' beschnitten wird, so wird sie doch keinen Augenblick zögern, auf Grund eines für sie vorteilhaften Kompromisses Österreich mit Haut und Haaren an das anglo-amerikanische Finanzkapital zu verkaufen, so wie sie keinen Augenblick zögern wird, die Hilfe der ausländischen Imperialisten gegen das österreichische Proletariat anzurufen.

Die Stalinpartei tut in letzter Zeit so, als ob sie nun endlich einen Anlauf zum Kampf gegen die Bourgeoisie nehmen würde. Allein in dieser Haltung der Stalinpartei spiegelt sich nur die Spannung zwischen der Sowjetbürokratie und den sich ganz dem anglo-amerikanischen Finanzkapital verschriebenen österreichischen Kapitalisten wider. Die Stalinpartei will die Bourgeoisie nur zur Annahme eines prorussischen Kurses zwingen; ihr geht es nicht um die Arbeiterinteressen, sondern um die Interessen der Kremldique. Sollten die Imperialisten und die von ihnen abhängige österreichische Bourgeoisie mit der SU ein Kompromiß schließen, so wird die Stalinpartei die erste sein, die den Kampf der Arbeiter abwürgt.

Die Stalinpartei ist in Wirklichkeit gegen das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes. Sie hat im Herbst 1945 von allen Wiener Plakatwänden herab 'die Truppen unserer alliierten Befreier' begeistert begrüßt. Sie tritt auch heute offen als Agent der russischen Besatzungsmacht auf. Sie beschönigt das antidemokratische Verhalten der SU in den besetzten Ländern, heißt es für gut. Sie unterstützt die Reparationsforderungen der SU, erklärt sie für berechtigt. Sie verschweigt, daß auch die russischen Reparationsforderungen auf Kosten der österreichischen Arbeiterklasse gehen. Die Arbeiter müssen gegen jede Reparationsforderung kämpfen. Bezüglich des sogenannten 'deutschen Eigentums' müssen sie für dessen entschädigungslose Enteignung eintreten, den Kampf hierfür mit dem Kampf für die entschädigungslose Enteignung der österreichischen Monopolkapitalisten verbinden.

Die SP ist mit der österreichischen Bourgeoisie im offenen Bündnis. Ihre Propaganda gegen die Besetzung richtet sich fast ausschließlich gegen die SU. Sie verschweigt den Massen die wahren Pläne der Imperialisten in Bezug auf Österreich. Das einzige, wozu sie sich aufschwingt, ist, gleich einem Bettler die 'Befreier' anzuflehen, sie möchten 'uns' doch endlich 'unseren' Staatsvertrag geben. Die SP weicht jedem wirklichen Kampf aus; sie sagt, daß ein solcher Kampf nicht möglich sei, solange fremde Truppen im Lande sind, daß ein solcher Kampf die Besetzung verlängere. Das Gegenteil ist wahr! Je weniger die Massen sich rühren, je geduldiger sie sind, desto mehr wird ihnen das Fell über die Ohren gezogen werden.

Selbstverständlich müssen die Arbeiter bei ihren Aktionen auf die Besetzung des Landes durch fremde Truppen Rücksicht nehmen. Wo es nur irgendwie angeht, müssen sie den Soldaten der Besatzungstruppen erklären, wie furchtbar die Lebensbedingungen der österreichischen Arbeiterklasse heute sind, um sie zur Solidarisierung mit dem Kampf der Arbeiterklasse oder zumindest zur wohlwollenden Neutralität zu bringen. Zusammenstöße mit den Besatzungstruppen müssen sie vermeiden; nur faschistische Provokateure können ein Interesse an solchen, die unvermeidlich schwere Opfer kosten müssen, haben. Allein jede ihrer Aktionen, kleine und große, müssen die Arbeiter mit den laut und deutlich ausgesprochenen Forderungen verbinden:

DEMOKRATISCHES SELBSTBESTIMMUNGSRECHT FÜR DAS ÖSTERREICHISCHE VOLK! DEMOKRATISCHES SELBSTBESTIMMUNGSRECHT FÜR ALLE UNTERDRÜCKTEN VÖLKER!

SCHLUSS MIT DER BESETZUNG DES LANDES! SOFORTIGER UND BEDINGUNGSLOSER ABZUG ALLER FREMDEN TRUPPEN!

Das österreichische Proletariat bedarf in seinem Kampf der Unterstützung durch die Arbeiter der anderen Länder. Es ist insbesondere die Pflicht der Arbeiterklasse der Besatzungsmächte, von ihren Regierungen den sofortigen Abzug der Besatzungstruppen wie den Verzicht auf jede Reparationsleistung zu verlangen. Wir Internationalen Kommunisten erklären den Arbeitern, daß nur der solidarische Kampf des internationalen Proletariats den besetzten Ländern die Befreiung bringen kann. Wir wissen, daß in diesem Kampf die Sektionen unserer Partei, die Sektionen der Vierten Internationale der Arbeiterklasse in allen Ländern vorangehen werden."

Dem haben wir nichts hinzuzufügen. Unsere Einschätzung war richtig und ist durch die jüngste Entwicklung bestätigt worden. Und ebenso bestätigen wird sich, daß der Weg, den wir der Arbeiterklasse zeigen und für den wir die vorgeschrittensten Arbeiter zu gewinnen suchen, der einzige ist, der aus dem gegenwärtigen Elend herausführt.

14.12.1947

NS. Die Londoner Konferenz wurde tatsächlich ergebnislos abgebrochen. Daß über den österreichischen Staatsvertrag weiterverhandelt werden soll, zeigt, daß weder die Imperialisten noch die Sowjetbürokratie im gegenwärtigen Zeitpunkt schon restlos alle Brücken abbrechen will. Dennoch sind die Aussichten auf ein länger währendes Kompromiß noch geringer geworden als nach der Moskauer Konferenz. Die Wichtigkeit des revolutionären Kampfes, des Kampfes zur Stärkung der IV. Internationale und mit der IV. Internationale wird dadurch nur unterstrichen.

16.12.1947

Eine Kopfprämie für Arbeitermord. In den Tagen des gewaltigen Streikkampfes der französischen Arbeiter kam im Rundfunk die Nachricht durch, daß die französische Regierung beschlossen habe, den an den Regierungsmaßnahmen gegen die Streikenden teilhabenden Polizisten und Soldaten 100 Francs Prämie pro Tag zu bezahlen. Für die berechtigten Lohnforderungen der hungernden Arbeiter ist kein Geld da, aber zu ihrer Niederknüppelung sind die Bourgeoisie und ihre sozialistischen Lakaien bereit, an die Exekutivorgane des kapitalistischen Staates eine Kopfprämie auszuzahlen. Das müssen sich die Arbeiter gut merken.

Zum Kampf der französischen Arbeiterklasse

NACH DER KAPITULATION DER STALINPARTEI

Die Streikwelle in Frankreich, auf deren Höhepunkt über zwei Millionen Arbeiter⁺ standen, ist zum vorläufigen Abschluß gekommen. Die stalinistische Führung der Gewerkschaften war sich klar geworden, daß die Arbeitermassen nicht bereit waren, nur für die Interessen der russisch-nationalen Außenpolitik zu kämpfen. Sie trat den Rückzug an und suchte mit der Regierung ein Kompromiß auf Kosten der streikenden Arbeiter. Nicht nur die Stalinpartei, auch das französische Proletariat hat eine Schlacht verloren. Damit das in den kommenden Kämpfen nicht ebenso sei, muß es die Lehren aus den Kämpfen der letzten Wochen ziehen. Das ist nicht nur die Aufgabe der französischen Arbeiterklasse; das Proletariat in allen Ländern muß aus den Erfahrungen in Frankreich lernen. Die IV. Internationale und ihre Sektionen müssen ihm dabei helfen.

Wen trifft die Hauptschuld an der Niederlage?

Waren die Positionen der Bourgeoisie zu stark? Im Gegenteil, die Kämpfe zeigten deutlich die Schwäche der Bourgeoisie. Die französische Kapitalistenklasse befindet sich in der tiefsten ökonomischen und politischen Krise ihrer Geschichte. Mitten in der Streikperiode kam es zu einer Regierungskrise, die über eine Woche dauerte. Die tatsächlichen Machtmitteln, die der Regierung zur Verfügung standen, waren verhältnismäßig gering und zum großen Teil unzuverlässig. In ganz Frankreich verfügte die Regierung nur über ungefähr 100.000 Mann bewaffneter Streitkräfte einschließlich der Polizei; sie muß außerdem noch Besatzungstruppen in Deutschland und Österreich unterhalten. Starke Truppenkontingente befinden sich in Nordafrika, Expeditionsheere stehen in Indochina und Madagaskar. Verlässliche Truppen, die gegen die streikenden Arbeiter eingesetzt werden konnten, mußten erst aus Deutschland abgezogen werden. Die Mobilgarden erwiesen sich als besonders unzuverlässig; sie werden jetzt "reorganisiert". Junge Soldaten, die gegen von Arbeitern besetzte Betriebe eingesetzt werden sollten, weigerten sich vorzugehen; beim Abzug grüßten sie mit der erhobenen Faust. Bei einem wirklich geschlossenen Generalstreik hätten sich die Machtmittel des derzeitigen kapitalistischen Staatsapparates als völlig unzulänglich erwiesen.

Bleiben noch die Ausnahmegesetze, die die Regierung Schuman im Parlament durchbrachte. Die Gesetze haben stark auf den Kampfwillen der Arbeiterklasse gedrückt. In der Praxis richteten sie sich vor allem gegen die entschlossensten Arbeiter, die verhaftet und eingesperrt wurden. Als Vorwand für eine Verhaftung genügte, wenn ein Arbeiter Flugblätter mit der Aufforderung zum Generalstreik verteilte. Aber bei Gesetzen kommt es immer darauf an, welche Kraft dahinter steckt, sie durchzuführen. Die schönsten Gesetze hätten der Bourgeoisie nichts genützt, wenn die Führung der Arbeiterklasse entschlossen gewesen wäre, mit denselben Mitteln zu antworten, mit denen ihr die Bourgeoisie begegnete. Die Bourgeoisie hat gezeigt, daß sie entschlossen ist, sich um kein anderes Gesetz als das der offenen Gewalt zu kümmern, wenn es der Kampf für ihre Interessen erfordert. Die verräterische Führung der Arbeiterklasse, Stalinpartei, SP und Gewerkschaftsspitzen, war aber ängstlich bemüht, den Kampf der Arbeiterklasse innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Gesetze zu halten. Doch unter den Bedingungen des verfallenden Kapitalismus ist jeder + im Kampfe

Kampf der Arbeiterklasse, der nicht in seiner letzten Konsequenz den Rahmen der "Legalität" durchbricht, zur Niederlage verurteilt. Der offene Gewalt der Bourgeoisie muß die Arbeiterklasse, wenn sie sich behaupten will, nur den revolutionären Kampf entgegenstellen. Die Ursache der Niederlage in Frankreich liegt darum nicht in der Stärke der Bourgeoisie, sondern in der verräterischen Führung der Arbeiterklasse. Das Fehlen einer revolutionären Führung der Arbeiterklasse ist die Ursache der Niederlage.

Die verräterische Führung der Arbeiterklasse

Der Stalinpartei folgten bisher die entscheidendsten Teile der Arbeiterklasse in Frankreich. Sie trägt die Hauptschuld an der Verwirrung, Spaltung und teilweisen Niedergeschlagenheit des Proletariats. Bis zum Mai 1947 in der Koalitionsregierung, hat sie alle Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die Interessen der Massen gedeckt. Im Interesse des "Wiederaufbaus" ist die Stalinpartei der kämpfenden Arbeiterklasse dauernd in den Rücken gefallen. Der Streik in den Renaultwerken, der gegen den Willen der Stalinpartei ausgebrochen war, fiel mit dem endgültigen Überfang der französischen Bourgeoisie in das Lager des anglo-amerikanischen Imperialismus zusammen und brachte eine "Wendung" ihrer Politik. In den Renaultwerken, die bis dahin eine Hochburg der Stalinpartei waren, trat zum ersten Mal die revolutionäre Gewerkschaftsopposition unter führender Teilnahme der Trotzlisten in den Vordergrund. Durch die Gefahr, die Massen zu verlieren, gezwungen, verließen die Stalinbürokraten schweren Herzens die Ministersessel und begannen nun Opposition zu spielen; Opposition aber nicht im Interesse der Massen gegen die Bourgeoisie, sondern Opposition im Interesse der stalinistischen Kretschmarke. Ihre Opposition war in der Hauptsache gegen die Außenpolitik der französischen Bourgeoisie, die sich nun endgültig auf die Seite des USA-Imperialismus schlug, gerichtet. Die Stalinbürokratie brauchte die Arbeitermassen als Druckmittel gegen die Bourgeoisie zur Erreichung ihres Zieles: eine außenpolitische Wendung zu erzwingen. Im Zusammenhang mit der Londoner Konferenz und dem Marshallplan des USA-Imperialismus haben nun die Stalinbürokraten in Moskau eine Gegenoffensive der "Kominform" angeordnet. Diese startete in Italien und in Frankreich ungefähr gleichzeitig, doch nirgends mit dem Ziel, die Bourgeoisie zu stürzen, sondern einzig und allein, um die verzweifelte Lage der Massen für die Interessen der Sowjetbürokratie auszunützen.

Die SP hat sich im Streik der zwei Millionen offen auf die Seite der Bourgeoisie gestellt. Sie ist die Hauptverantwortliche gegenüber der Arbeiterklasse für die reaktionären Ausnahmegesetze. Die führende bürokratische Clique der SFIO hat die streikenden Arbeiter verhöhnt und offen zum Streikbruch aufgefordert. Auch die "Linken", Mollet, Pivert & Co. haben diese reaktionäre Politik mitgemacht; doch deren Rückwirkungen auf die Arbeiterbasis der SP blieben nicht aus. Nach der SJ hat sich nun die "Revolutionäre Sozialistische Aktion", die ihren Hauptstützpunkt im Industriegebiet an der Rhone hat, von der SP-Politik losgesagt. Die Entwicklung der SFIO ist charakteristisch für die Lage in Frankreich: in einer Situation des offenen Entscheidungskampfes der Klassen zerfallen alle Parteien und Kräfte, die sich zwischen den entscheidenden Klassen behaupten wollen. Die Alternative: Revolution oder Konterrevolution - ist am klarsten in der SP selbst zu sehen.

Der französische Gewerkschaftsbund (C.G.T.) steht unter der Führung der Stalinpartei. Die SP, die sich im großen und ganzen mit der von Jouhaux geführten Opposition deckt, ist eine Minderheit von ungefähr 20%. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition (Front ouvrier) ist eine sehr kleine Minderheit, sie tritt aber immer mehr,

besonders in den entscheidenden Großbetrieben, (Renault, Chausson, Morene) in den Vordergrund. Außerdem gibt es in Frankreich noch christliche, anarchistische und sogenannte autonome Gewerkschaften. Die stalinistische Gewerkschaftsführung war von allem Anfang an der Schwanz der Streikbewegung. Sie hat ihren ganzen bürokratischen Apparat aufgeboten, um dem Ansturm der streikenden Arbeiter, besonders in den Großbetrieben der Metallindustrie, die revolutionäre Spitze abzubrechen. Die Streikforderungen der Großbetriebe, nämlich das "Existenzminimum", garantiert durch die "gleitende Lohnskala", die "Arbeiterkontrolle" und die "Generalstreikforderung" hat sie sabotiert und mit der Regierung über eine 25%ige Lohnerhöhung verhandelt. Sie hat nun die Stirn, die Teuerungszulage von 1500 Franken, die die Regierung selbst angeboten hat, als ihren Erfolg hinzustellen.

Selbst die rechteste kapitalistische Presse war sich darüber einig, daß die Stalinpartei nicht beabsichtigte, die Macht zu erobern, sondern, daß es ihr einzig und allein darum ging, einen Massendruck gegen die Bourgeoisie zu entfalten, um sie zur Änderung des außenpolitischen Kurses zu zwingen. Wenn auch der Ausgang des Kampfes eine Niederlage der streikenden Arbeiter bedeutet, so ist er doch in erster Linie eine Niederlage der Stalinpolitik. Die Folgen davon sind, wenn auch nicht in demselben Maße wie in der SP, Umgruppierungen in der Arbeiterbasis der Stalinpartei: ein Teil wird vorübergehend in die Indifferenz fallen, ein anderer, die Besten, suchen den revolutionären Weg.

Die revolutionäre Avantgarde

Die PCI hat, besonders während des letzten Jahres, schwere Fehler gemacht. Ihre schwankende zentristische Linie wurde in den letzten Nummern des "Spartakist" zur Genüge aufgezeigt und kritisiert. Wir wollen uns diesmal begnügen, die schwersten Fehler kurz zusammenzufassen:

1. Die PCI versteht es nicht, die Übergangslösungen mit der revolutionären Propaganda für die Ziellosungen, insbesondere mit der Propaganda für die revolutionäre Diktatur des Proletariats zu verbinden. In der Praxis führt das zu ungenügender Abgrenzung von den opportunistischen Parteien, besonders von der Stalinpartei, was die revolutionäre Umgruppierung der Arbeiterklasse erschwert und zum Teil unmöglich macht.

2. Diese zentristische Auffassung in der Grundfrage des revolutionären Klassenkampfes ist die Wurzel aller anderen Schwächen und Schwankungen, besonders in der Taktik. Sie ist aber auch die Wurzel der zentristischen Auffassung in der Frage der Partei: Mangel an Organisationsdisziplin, Mangel an Erziehung von geschulten Kadern, Duldung der rechtesten und ultralinksten Tendenzen in der Partei.

Aus Mangel an Einblick in die konkreten Bedingungen ist es uns nicht möglich, die konkrete Taktik der PCI einer kritischen Analyse zu unterziehen. Aber eines ist sicher: die PCI ist mit ihren wichtigsten taktischen Losungen nicht den Arbeitern, den Massen führend vorangegangen, sondern sie hinkte damit umgekehrt den Massen nach.

Genau so geschah es jetzt während der großen Streikwelle in der entscheidendsten Frage, die wir der Arbeiterklasse näher bringen und erklären müssen, der Frage der Notwendigkeit des Kampfes für die revolutionäre Diktatur des Proletariats. Die Arbeiter stiessen während des Kampfes auf Schritt und Tritt mit der Nase darauf. Sie organisierten auf primitivste Art und Weise die Verteidigung der besetzten Betriebe gegen Polizei und Militär, sie organisierten im lokalen Maßstab die Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel für die arbeitende Bevölkerung, sie besetzten Verwaltungsgebäude und

Ämter und jagten reaktionäre Beamte davon. Sind das nicht die ersten Versuche und Schritte des kämpfenden Proletariats, dem kapitalistischen Machtapparat seine eigenen Organe der Macht entgegenzustellen. Vielleicht überzeugen diese Tatsachen die PCI davon, daß es jetzt nicht genügt, zur Bildung von Selbstschutzorganisationen, Streikausschüssen, Verteidigungsausschüssen sowie für die Kontrolle der Produktion und den Generalstreik (alles ausgezeichnete Losungen) einzutreten, sondern daß wir gleichzeitig geduldig und ausdauernd die kämpfenden Arbeiter davon überzeugen müssen, daß wir unter den heutigen Bedingungen keinen Generalstreik führen können, ohne gleichzeitig entschlossen zu sein, weiter zu gehen bis zum revolutionären Sturz der Bourgeoisie, bis zur Errichtung der Macht der Arbeiterklasse.

Es ist möglich, daß die PCI entgegen wird, die "Arbeiter- und Bauernregierung" sei ja die Diktatur des Proletariats. Wir wollen nicht um Worte streiten. Wir würden eine solche Ersetzung der über den Charakter des betreffenden Staates keinen Zweifel lassenden Losung der "Diktatur des Proletariats" durch die "volkstümlichere" Losung der "Arbeiter- und Bauernregierung" als sehr unglücklich finden. Z.B. hat der Erzgauner Renner die Regierung Renner-Fink in Österreich nach dem ersten Weltkrieg als "Arbeiter- und Bauernregierung" bezeichnet. Aber es handelt sich nicht nur um den Namen allein, obwohl dieser ebenfalls von prinzipieller Bedeutung ist, sondern vor allem um die Tatsache, daß wir der kämpfenden Arbeiterklasse immer wieder erklären müssen, daß unter den heutigen Bedingungen der Kampf für das "Existenzminimum" für die gesamte Arbeiterklasse als unumgängliche Voraussetzung dafür den gleichzeitigen Kampf für den revolutionären Sturz der Bourgeoisie hat.

Noch ein anderer Einwand ist möglich: Die Arbeiterklasse wäre geschlagen und im Rückzug, sie wäre nicht bereit zu kämpfen und schon gar nicht für die "Diktatur des Proletariats"; nach all den schlechten Erfahrungen mit den verschiedenen Diktaturen. Nun, wenn die Dinge so liegen, dann wäre die Einschätzung der Lage als einer objektiv-revolutionären durch die jetzige PCI-Mehrheit und die IV. Internationale falsch. Aber dem ist nicht so! Die Tatsachenberichte aus Frankreich, aber auch aus Italien beweisen immer wieder, daß die IV. Internationale recht hat. Das einzige Hindernis für die Arbeiterklasse auf dem Weg zur Macht sind die Verratsparteien, SP und Stalinpartei, und, wenn sie in der nächsten Etappe ihre Fehler nicht korrigiert, in Frankreich auch die Politik der PCI.

Die Chancen der PCI sind die Chancen der IV. Internationale. Die PCI hat in einigen entscheidenden Großbetrieben Fuß gefaßt. Es wäre Unsinn, zu überschen, daß die Trotzlisten da ausgezeichnete Arbeit verrichtet haben. Die Streikresolutionen einiger Streikkomitees haben die Forderungen des Übergangsprogramms der IV. Internationale übernommen; auch dies zeigt von dem wachsenden Einfluß der PCI. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition wurde in der kapitalistischen Presse in Österreich als trotzkistisch bezeichnet: ebenfalls ein gutes Zeichen.

Wir sind nicht der Ansicht, daß die PCI bei richtiger leninistischer Politik heute schon die französische Arbeiterklasse siegreich zum Generalstreik und zur Macht geführt hätte. Das wäre unrealistisch. Die Hauptaufgabe der PCI in der nächsten Etappe besteht vor allem darin, durch klare, prinzipientreue Politik zum Kristallisationskern der sich von SP und Stalinpartei abspaltenden Gruppen und Gruppierungen zu werden und führenden Einfluß innerhalb der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu erlangen.

Die Schuld an der Teilniederlage des französischen Proletariats in der letzten Streikwelle tragen Stalinpartei-SP-Gewerkschaftsspitzen. Wenn es aber dem französischen Proletariat nicht gelingt in der nächsten Etappe die Lehren aus der Niederlage zu ziehen

und sich eine einflußreiche Klassenpartei zu schaffen, dann liegt die Schuld auf seiten der PCI. Eine Katastrophe in Frankreich würde allerschwerste Rückschläge für das Weltproletariat bedeuten, ein Sieg in Frankreich würde eine revolutionäre Siegeswelle in einer ganzen Reihe von Ländern auslösen. Das muß die PCI bedenken, wenn sie ihre Politik für die nächste Etappe bestimmt.

Die Perspektiven des Klassenkampfes in Frankreich

Die Regierung Schuman hatte durch ihre Ausnahme Gesetze dem französischen Proletariat eine Schlacht angeboten. Die Kapitulation der Stalinpartei und der Gewerkschaftsspitzen bedeuten für das französische Proletariat die erste außerparlamentarische Niederlage seit 1945.

Die Regierung Schuman einschließlich der SP hat sich auf den rechtsten, den gaullistischen Flügel des Parlaments gestützt. Wenn die Regierung das Proletariat nur mit den Methoden de Gaulles schlagen konnte, so bedeutet das eine unmittelbare Stärkung de Gaulles. Wenn aber gleichzeitig die Mittel und Methoden, die die verräterische Stalinpartei dem Proletariat im Kampfe empfahl, versagten, so bedeutet das, einigermaßen richtige Politik der Avantgarde vorausgesetzt, eine Stärkung des revolutionären Flügels der Arbeiterklasse. Die bonapartistische Politik der Regierung bereitet de Gaulle den Boden. Die offene Verratspolitik von Stalinpartei-SP-Gewerkschaftsspitzen fördert die revolutionäre Umgruppierung im Lager der Arbeiterklasse.

Die "friedliche", aufsteigende Epoche des Kapitalismus, die Epoche der bürgerlichen Demokratie ist durch viele Nuancen der politischen Auffassungen, durch Fraktionskämpfe innerhalb der Klassen, durch langsame Veränderungen im Kräfteverhältnis der Klassen charakterisiert. Die Verfallsperiode des Kapitalismus, die Periode der offenen Diktatur der Bourgeoisie, die gleichzeitig die Periode der proletarischen Revolution ist, ist durch die Polarisierung der politischen Auffassungen, die letzten Endes entweder der Revolution oder der Konterrevolution dienen, und durch rasche Veränderungen im Kräfteverhältnis der Klassen charakterisiert.

Das Kleinbürgertum hat während der letzten Wochen des akuten Klassenkampfes in Frankreich Neutralität bewahrt. Es hat sich weder mit dem kämpfenden Proletariat solidarisiert, noch hat es sich, obwohl es mit de Gaulle sympathisiert, von der Konterrevolution zum offenen Kampf gegen das Proletariat verwenden lassen. Diese noch immer schwankende Haltung des Kleinbürgertums zeigt deutlich den Gleichgewichtszustand der Klassenkräfte. Aber dieser Zustand kann nicht von langer Dauer sein; das Kleinbürgertum wird sich auf jene Seite werfen, wo es die Kraft sieht.

Um aus der ökonomischen und innerpolitischen Krise herauszukommen, sucht die französische Bourgeoisie immer mehr die Lösung in der Außenpolitik. Sie sieht ihre einzige Rettung in der Unterwerfung unter die Bedingungen des amerikanischen Imperialismus, im Marshallplan. De Gaulle schlug ein Militärbündnis USA-England-Frankreich vor. Der imperialistische Raubkrieg gegen die SU, bei dem Frankreich die militärische Hauptbasis bilden soll, ist die einzig mögliche Perspektive des französischen Imperialismus.

Trotz der verräterischen Führung hat sich das französische Proletariat glänzend geschlagen, allen voran die Arbeiter in den Großbetrieben der Metallindustrie. Aber auch die Eisenbahner, Bergarbeiter und Seeleute gehören zur Elite der französischen Arbeiterklasse. Gleichzeitig ist es unleugbar, daß große Teile des Proletariats dem Kampfe fern blieben und ein anderer Teil nur dadurch in den Kampf trat, daß er von den Fortgeschrittensten mitgerissen wurde.

Die Hauptursache dafür ist nicht im Mangel an Kampfbereitschaft der Massen zu suchen. Der heutige Zustand der Massen ist nur ein Produkt der Verratspolitik von Stalinpartei-SP. Die Massen mißtrauen ihrer Führung, die sich als unfähig erweist, ihre Interessen gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu verteidigen. Die Massen haben die schlechtesten Erfahrungen mit Stalinpartei und SP gemacht, sie sehen immer deutlicher, daß sie unter dieser Führung für fremde Interessen mißbraucht werden. Sie erkennen immer mehr, daß die Differenzen zwischen der SP und Stalinpartei auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Doch trotz des Verrats dieser Parteien erkennen die besten, vorgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse die Notwendigkeit der Führung eines konsequenten Kampfes gegen die Bourgeoisie.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo
 Spendet für den K A M P F F O N D !
 ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die objektiven Bedingungen, die der verfallende Kapitalismus schafft, werden die Massen immer wieder in den Kampf treiben. Aber das

ist nur die eine Seite der Frage. Diese Bedingungen treiben die Massen zur Verzweiflung schlechthin. Damit die Massen in Richtung auf die proletarische Revolution marschieren, ist es notwendig, daß sie ihre Interessen erkennen, daß sie auf breiter Front gegen die Bourgeoisie kämpfen. Die breiteste Propaganda für eine Kampfeinheitsfront gegen die kapitalistische Rauboffensive und zur Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten ist die unmittelbarste Aufgabe der PCI. Den revolutionären Gruppierungen muß es unter der Führung der PCI gelingen, die verräterische Führung von Stalinpartei-SP-Gewerkschaften zu zwingen, die an sie gemachten Einheitsfrontangebote anzunehmen. Erst dann, wenn die Arbeiter erkennen werden, daß der ihnen in einem realistischen Einheitsfrontprogramm vorgeschlagene Kampf wirklich ihren Interessen und nicht mehr den bürokratischen Interessen von Stalinpartei-SP-Gewerkschaftsspitzen dient, erst dann werden auch die zurückgebliebenen Schichten der Klasse in immer größerer Zahl in den Kampf eintreten.

Die französische Arbeiterklasse hat eine Schlacht verloren. Bei richtiger Politik der PCI hat sie alle Aussichten, die kommenden Kämpfe siegreich zu bestehen.

13.12.47

Leo Trotzki:

ÜBER DEN GENERALSTREIK

Die folgenden Zeilen sind Auszüge aus der im Jahre 1935 geschriebenen Broschüre: "Wohin geht Frankreich?". Die damalige Situation war der heutigen ähnlich. Die Red.

In einem kapitalistischen Land wie Frankreich kann es keine revolutionären Kämpfe ohne Generalstreik geben: wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen während der entscheidenden Tage in den Fabriken bleiben, wer sollte dann den Kampf führen? Darum steht der Generalstreik auf der Tagesordnung. Aber die Frage des Moments des Generalstreiks ist gleichbedeutend mit der Frage, wann die Massen zum Kampf bereit sind, und die Arbeiterorganisationen bereit sind, diesen zu führen.

Wollen die Massen kämpfen?

Ist es wahr, daß nichts fehlt als die revolutionäre Führung? Gibt es nicht im Proletariat, in den Massen selber einen guten Teil Konservatismus? Darüber sind die Meinungen geteilt. Und das ist nicht erstaunlich! Wenn sich eine revolutionäre Krisis nähert, so gibt es zahlreiche Arbeiterführer, die die Verantwortung fürchten und sich hinter den Pseudokonservatismus der Massen verstecken. Die Geschichte lehrt uns, daß einige Wochen, ja selbst einige Tage vor der Oktobererhebung bedeutende Bolschewiki wie Sinowjew, Kamenjew, Rykow (von anderen wie Losowsky, Manuilsky usw. erübrigt es sich zu sprechen) versicherten, daß die Massen müde seien und nicht kämpfen wollen. Und doch standen Sinowjew, Kamenjew und Rykow als Revolutionäre turmhoch über Cachin, Thorez und Monmoussezu.

Derjenige, der sagt, daß das französische Proletariat den revolutionären Kampf nicht führen will oder kann, verleumdet die Arbeiterschaft, indem er seine eigene Schwäche und seine eigene Feigheit den werktätigen Massen unterschiebt. Bis jetzt gab es noch keinen einzigen Fall, weder in Paris noch in der Provinz, wo die Massen bei einem revolutionären Appell taub geblieben wären.

Der Generalstreik in einer "nicht revolutionären Situation"

Wie jeder Marxist weiß, ist der Generalstreik eines der revolutionären Kampfmittel. Der Generalstreik wird erst möglich, bis sich der Klassenkampf über alle Teilforderungen erhebt, alle Berufsgruppen erfaßt, die Grenzen zwischen Gewerkschaften und Parteien, zwischen Legalität und Illegalität verwischt und den größten Teil des Proletariats mobilisiert, damit es sich aktiv gegen die Bourgeoisie und den Staat wendet. Revolutionärer als der Generalstreik ist nur noch der bewaffnete Aufstand. Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung bezeugt, daß jeder Generalstreik, unter welchen Losungsworten er auch immer in Erscheinung tritt, eine ihm innewohnende Tendenz besitzt, sich in einen ausgesprochen revolutionären Konflikt, in den direkten Kampf um die Macht zu verwandeln. Mit anderen Worten: der Generalstreik ist nur unter den Bedingungen einer außerordentlich starken politischen Spannung möglich und das ist der Grund, warum er immer der unwiderlegbare Ausdruck für den revolutionären Charakter der Situation ist.....

Das Programm des Generalstreiks

Die grundlegende Bedeutung des Generalstreiks, ganz abgesehen von den Teilerfolgen, die er bringen oder auch nicht bringen kann, liegt in der Tatsache, daß er die Machtfrage auf eine revolutionäre Weise stellt. Indem es die Fabriken, die Transportmittel und überhaupt alle Verbindungsmöglichkeiten, die Elektrizitätswerke usw. mit Beschlag belegt, lähmt das Proletariat dadurch nicht nur die Produktion, sondern auch die Regierung. Die Staatsgewalt hängt gewissermassen in der Luft. Sie muß entweder das Proletariat durch Hunger und mit Gewalt zähmen, indem sie es zwingt, die bürgerliche Staatsmaschine neuerlich in Gang zu setzen - oder den Platz der Arbeiterschaft einräumen. Aus welchen Losungsworten und Motiven auch immer der Generalstreik hervorgegangen ist, wenn er wirklich die Massen ergriffen hat und diese Massen entschlossen sind zu kämpfen, so wird er unausweichlich vor allen Klassen der Nation die Frage aufwerfen: Wer wird der Herr im Hause sein?

Die Führer des Proletariats müssen diese den Generalstreik innewohnende Logik verstehen - wenn sie das nicht tun, so sind sie

keine Führer, sondern Dilettanten und Abenteurer. Politisch bedeutet das: von jetzt an müssen die Führer das Proletariat vor das Problem der revolutionären Machteroberung stellen. Sonst dürfen sie nicht wagen, vom Generalstreik zu sprechen. Wenn sie aber auf den Generalstreik verzichten, so verzichten sie damit auf den ganzen revolutionären Kampf, das heißt sie liefern das Proletariat dem Faschismus aus.

Entweder vollständige Kapitulation oder revolutionärer Kampf um die Macht: das ist die Alternative, die sich aus allen Bedingungen der gegenwärtigen Krise ergibt. Wer diese Alternative nicht verstanden hat, hat im Lager des Proletariats nichts zu suchen.

DIE INTERNATIONALE "SOZIALISTEN"KONFERENZ

Ende November fand in Antwerpen eine internationale Konferenz der sozialdemokratischen Parteien statt. Auf ihr spiegelte sich deutlich die Abhängigkeit der einzelnen Parteien der ehemaligen II. Internationale vom Weltimperialismus einerseits und der SU andererseits wider. Die "Sozialisten" aus dem "Glacis" der SU warfen ihren Genossen aus den westlichen Ländern vor, daß sie "zu wenig Sozialisten" wären. Diese wieder fanden, daß die polnische, ungarische und tschechische SP "zu wenig Demokraten" seien. Die rumänische SP konnte an der Konferenz nicht mehr teilnehmen, da sie kurze Zeit vorher in der Stalinpartei aufgegangen war, die bulgarische SP war nur als Beobachter zugelassen. Die deutsche SP wurde wieder aufgenommen - gegen die Stimmen Polens, der Tschechei, Ungarns und Palästinas, während Nenni-"Sozialisten" und der jüdische "Bund" sich der Stimme enthielten. In der Frage der Spaltung in Italien wurde einstimmig festgestellt, "daß die Konferenz nicht das Recht habe, sich in innere Angelegenheiten der Parteien Italiens einzumischen".

Zeitlich fiel die Konferenz in Antwerpen mit der Londoner Konferenz der Außenminister zusammen. Es war wie in einer Posse: Die Herren unterhielten sich im Salon und diskutierten, die Lakaien im Vorzimmer beschäftigten sich mit demselben Problemen (Marshallplan, Deutschland, "Frieden"). Die Lakaien vertreten in solchen Possen immer die Ansichten ihrer Dienstgeber. Feindschaften ihrer Herren sind auch ihre Feindschaften, Neigungen auch die ihrigen.

Am letzten Tag der Konferenz wurde beschlossen: "Die gegenwärtigen Umstände seien für die Neugründung der Sozialistischen Internationale nicht günstig, doch werde diese Frage nicht aus den Augen verloren und zu gegebener Zeit wieder aufgegriffen werden." - In der letzten Zeit wurde sehr viel von der "dritten Kraft des demokratischen Sozialismus" geschrieben und gesprochen, besonders von den "Linken" in der SP. Der Einsatz dieser "dritten Kraft" ist, nach der Ansicht ihrer theoretischen Vertreter, die einzige Möglichkeit, die Welt vor der Katastrophe eines dritten imperialistischen Weltkrieges zu retten. Die "dritte Kraft" ist nun verhindert, zum Einsatz zu kommen, "da die Umstände dafür nicht günstig sind".

Von der einzigen Kraft, die den dritten imperialistischen Weltkrieg verhindern kann, der Weltarbeiterklasse, wurde auf der Konferenz der "Sozialisten" nicht gesprochen. Der Mut, die Kampfkraft, die Opferwilligkeit und das historische Recht des Weltproletariats und der Kolonialmassen sind für diese Verräter-"Sozialisten" schon lange keine Faktoren mehr in der Weltpolitik; für diese Leute

gibt es nur Außenministerkonferenzen, kapitalistische Parlamente, die UNO und kapitalistische Armeen als solche Faktoren.

Ein Programm mit Einschätzung der Lage, Aufgaben und Perspektiven wurde keines beschlossen, nicht einmal ein zahmes Minimalprogramm. Die Anpassung an die "nationalen Bedingungen" jeder einzelnen Partei der ehemaligen II. Internationale machte es unmöglich, ein solches Programm aufzustellen. Auch vermied die Konferenz jede strikte Abgrenzung von der "Kominform".

Ohne Programm, ohne internationale Führung, zerrissen in nationale Gegensätze, widerspiegeln heute die Reste der II. Internationale die ganze Labilität der Lage des verfaulenden Kapitalismus. Der Kapitalismus wird vom Proletariat gestürzt werden; er wird seine Lakeien mit hinab ins Grab nehmen. Die Würmer warten schon!

STREIFLICHTER:

Die SP-"Linke" zur Währungsreform. Im "Strom", dem Organ der Sozialistischen Studenten, nimmt Hilde Kroner in dem Artikel "Währungsreform ja - nein" zum "Währungsschutzgesetz" Stellung. Sie zeigt darin ganz richtig den unsozialen Charakter dieser Reform auf, die dem Arbeiter und Angestellten wie dem kleinen Sparer große Opfer auferlegt, während den Unternehmern durch die Sonderbehandlung der Neukontis, von denen sie 1000 Schilling sofort als Freigrenze im Verhältnis 1:1 umgerechnet abheben können, erhebliche Vorteile gesichert sind, ja sie erleiden bei den Neukontis überhaupt keinen Verlust. Wie die Kroner darin richtig bemerkt, haben im allgemeinen die Arbeiter und Angestellten, die Rentner und anderen kleinen Leute keine Bankkonti und wie ein "verantwortungsbewußter Sozialist" im Gespräch zu ihr meinte, könne er deshalb nicht begreifen, daß gerade die Bankkonti in dieser Weise geschont werden. Nun sagt uns aber auch die Kroner, in wessen Interesse diese Sonderbehandlung der Bankkontis geschieht, indem sie schreibt:

"Aber im Zusammenhang mit der Sonderbehandlung der Konti taucht ein anderes, noch viel ernsteres volkswirtschaftliches Problem auf. Den Kontobesitzern ist es möglich, unmittelbar nach der Währungsreform Geld abzuheben, und zwar die Hälfte ihrer gesamten Konti. Der Hauptzweck der Währungsreform aber ist, die Besitzer von Waren auf dem Wege über die eintretende Geldknappheit zu zwingen, die Waren zu veräußern, das heißt, sie dem österreichischen Verbraucher zur Verfügung zu stellen. Aber jetzt werden die Warenbesitzer, wenn sie weiter horten wollen, einfach von ihren Bankkonti abheben. Wenige Zahlen sollen das Problem klarmachen. Der neue Banknotenumlauf soll 2,9 Milliarden betragen. Aber die privaten Konti allein machen 2,8 Milliarden aus. Es ist durchaus möglich, daß 1,4 Milliarden, das ist aber fast die Hälfte des gesamten neuen Banknotenumlaufes, ohne weiteres wieder mobilisiert werden könnte. Das bedeutet, daß das alte Geldgefälle - die Noten gehen aus der Hand der breiten Massen über in die Hand der Industriellen und Bauern - wieder zu wirken beginnt, während gleichzeitig die Gefahr besteht, daß die Waren in den Händen bleiben, die sie bisher gehortet haben. Hier steht die Drohung, daß inflationistische Erscheinungen nach wenigen Monaten wieder eintreten.

An dieser Sonderbehandlung der Konti, die die ÖVP als unabdingbare Bedingung aufgestellt hat, droht zumindestens ein Teil des erhofften Erfolges des Währungsofers verlorenzugehen, was auf jeden Fall vermieden werden muß."

Wenn die Krones nun die Währungsreform nur dann bejaht, wenn die berechtigten Forderungen der Arbeiter- und Angestellten nach einer Vorratskontrolle mit rücksichtsloser Anwendung des Warenverkehrsgesetzes und des Bedarfsdeckungsstrafgesetzes, sowie dem Opfer der Sachwertbesitzer, der Kriegsgewinner und Spekulanten unmittelbar hinter ihr steht, dann fragen wir die Scharf, Krones und die anderen SP-"Linken", warum sie dann im Parlament, gegen ihr besseres Wissen für dieses im Interesse der österreichischen Kapitalisten gelegene "sozialste Gesetz der Welt" (wie es von der SP bezeichnet wird), gestimmt haben? Im Klassenkampf wie im wirklichen Leben entscheiden nicht "linke" Phrasen, sondern konkrete Taten!

Der Hauptfeind steht im eigenen Lande! Der bankrotte französische Imperialismus war gezwungen, Tausende von Soldaten aus Deutschland und Österreich abzuziehen, um sie gegen die streikenden französischen Arbeiter in Bereitschaft zu halten oder auch einzusetzen. Die restlichen Besatzungstruppen mußte er für den eventuell notwendigen sofortigen Abmarsch nach Frankreich mobilisieren. Das beweist deutlich, daß der proletarische Klassenkampf gleichzeitig auch ein Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und gegen jede Art von imperialistischer Unterdrückung und Ausbeutung ist. Das zeigt, auf welche Weise die amerikanischen, englischen und französischen Arbeiter dem deutschen und österreichischen Proletariat wirksam Hilfe leisten können. Der unversöhnliche Klassenkampf gegen die eigene Bourgeoisie ist in Wirklichkeit der einzige wirkliche Ausdruck von proletarischem Internationalismus! Klassenzusammenarbeit ist Verrat an ihm! Das mögen vor allem die SP-"Linken" beachten, deren "Bruderparteien" in England und Frankreich in der Regierung sitzen und alles tun, um einen wirksamen proletarischen Klassenkampf und damit den Rückzug der Besatzungstruppen zu verhindern.

Die japanischen Gewerkschaften wenden eine neue Taktik an. Die japanischen Gewerkschaften, die nach der Niederlage des japanischen Imperialismus eine sehr erfolgreiche Entwicklung genommen haben, wenden eine neue Art des Streikkampfes an, bei der sie nicht nur den Betrieb besetzen, sondern auch die Produktion unter ihrer Leitung weiterführen. Über diese neue Form des gewerkschaftlichen Kampfes wird in der amerikanischen Zeitschrift "Forum", Philadelphia, berichtet, daß dabei der Betriebsleitung von den Arbeitern das Betreten der Fabrik verwehrt wird, oder es werden ihre Aufträge nicht beachtet oder nur dann ausgeführt, wenn sie von Gewerkschaftsvertretern gutgeheißen werden. In manchen Fällen wirft das Unternehmen während einer solchen Produktionsübernahme einen höheren Ertrag als zuvor ab; da die Bücher und Verrrechnung sehr genau und gewissenhaft weitergeführt werden, ergab sich wiederholt, daß nach der Beilegung des Konflikts ein größerer Profit als sonst an die Betriebsleitung abgeführt wurde. Diese Nachricht beweist, daß auch in Japan die Arbeiterklasse zur Übernahme und Leitung der Produktion befähigt ist und mit revolutionären Methoden, die im Klassenkampf geboren werden, diese Aufgabe zur Durchführung zu bringen sucht. Die japanische Monopolbourgeoisie erkennt auch die eminente Gefahr dieser Aktionen der Arbeiterklasse und berät ein Gesetz, das solche "Übernahme-Streiks" verbietet.